

# MARBURGER

# ZEITUNG

Nr. 14 vom 29. September 2006

MBZ

## ■ HÖRT AUF!

Das Gezerre um die Gesundheitsreform ist nicht mehr erträglich

Seite 3

## ■ MB INTERN

Gremien und Arbeitskreise arbeiteten MB-Themen auf.

Seite 4

## ■ HESSEN-ABSCHLUSS

Für die hessischen Universitätsärzte ist der Tarifabschluss unter Dach und Fach.

Seite 6

## ■ LANDESVERBÄNDE

In dieser Ausgabe auf den

Seiten 9 bis 10

Kammerwahl in Baden-Württemberg

(regional) Seite 9

Kammerwahl in Berlin

(regional) Seite 9

Kammerwahl in Rheinland-Pfalz

(regional) Seite 9

Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz

Seite 9 und 10

## ■ STELLENMARKT

In dieser Ausgabe auf

## Gesundheitsreform

# Unerträglicher Weg in die

## Außerparlamentarische Opposition formiert sich / 4. Nationaler

Berlin (ass). Nichts ist so ernst, als dass es nicht ein Lächeln verdienen würde – es ist zwar bereits von einer ersten Regierungskrise die Rede, aber Bundeskanzlerin Angela Merkel und SPD-Chef Kurt Beck hatten auch nach dem kurzfristig erteiltem Spitzengespräch angesichts der Eskalation in Sachen Gesundheitsreform noch ein Lächeln auf den Lippen. Dieses Lächeln in allen Lebenslagen war bisher eigentlich ausschließlich Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt vorbehalten. Was es bei der drohenden Gesundheitsreform in den bekannten Ausprägungen für irgendjemanden aus der Regierungskoalition noch zu lächeln gibt, erschließt sich aber nun wirklich nicht. An der Gesundheitsreform-Diskussion zeigt sich überdeutlich, welche politischen Katastrophen eine enge Koalition bei dem Versuch produziert, nicht vereinbare System-Ideen zwecks politischen Machterhalts auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu trimmen.

Diese absehbare politische Minimalisten-Katastrophe führt inzwischen dazu, dass sich eine außerparlamentarische Opposition im Gesundheitswesen for-



12.000 Teilnehmer kamen zum 4. Nationalen Protesttag der Ärzte nach Berlin

miert, die noch vor wenigen Monaten undenkbar war. Mit der „Berliner Erklärung“ haben sich Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Marburger Bund, der Bundesverband der freien Berufe, der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie, der Verband forschender Arzneimittel, der

Verband der privaten Krankenkassenversicherung, der Beamtenbund und tarifunion, der Apothekerverband, der Bundeswehverband, die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels in einer ersten ganzseitigen Anzeige in der FAZ „Für Vielfalt und Freiheit im Gesundheitswesen“ und für einen „Neuanfang“ gemeinsam positioniert. In der gemeinsa-

Redaktionsverhandlungen